

**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur  
**Herausgeber:** Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte  
**Band:** 10 (1930-1931)  
**Heft:** 12

**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 03.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

figurigen Szenen noch an der altertümlichen Sprache der Miniaturen festhalten, indes die Madonna mit Engeln, ein paar Bildnismedaillons und das schönstens durchgebildete Ornament mit antiker Wonne geschaffen sind.

Was hat uns das Wandern durch provençalische Städte geschenkt? Es war ein Hinabtauchen in die Brunnen der Vergangenheit, ein erstauntes Aufblicken dann und Fragen nach den Werten der Gegenwart und ein federgleiches Rückschnellen der Antwort nach dem, was das nachmittelalterliche Frankreich beherrscht und bestimmt: Paris. Es ist, als ob jeder Gedanke dieses Landes unvollendet bliebe, solange er nicht zu Paris seine Beziehung setzte. Wird die träumereiche Provinz — sie bietet rings im Lande dasselbe vergangenheitsbetonte Erleben — bald einmal aufwachen, ihre Glieder recken und Kräfte entfalten, die der gefährlich magnetischen Stadt Gegengewicht und fördernde Spannungen brächte?

---

## Politische Rundschau

---

### Schweizerische Umschau.

Die umstrittene Neutralität. — Der Remarque-Film. — Herrn Colombis Drohung.  
— Die Parlamentsreformchen.

„Daß Europa sich augenblicklich in einer ungewissen und gefährlichen Lage befindet, fühlt, weiß und stellt jedermann fest. Aber der Augenblick ist vielleicht gekommen, uns ernsthaft die Frage zu stellen: und die Schweiz? . . . Der Krieg und die auf ihn folgenden Verträge haben nicht nur in Europa keinen Frieden herzustellen und die Völker zu versöhnen vermocht, die stets durch die Verschiedenheiten der Sprache, der Rassen, der Temperamente und Verwandtschaften getrennt worden sind; sie haben im Gegenteil neue Ursachen zu Auseinandersetzungen geschaffen. . . Die Aussichten auf eine unmittelbare Auseinandersetzung scheinen uns indessen beinahe null und ich kann die Leute nicht ernst nehmen, die uns den Krieg für heute abend oder morgen früh ankünden. Aber wir treten in eine „Kriegspsychose“ ein, wir sehen eine Gruppierung der Mächte sich abzeichnen, die eigenartig derjenigen von 1914 gleicht. . . Die Schwäche der Schweiz besteht darin, daß sie hinsichtlich ihrer Verfassung wie ihres Geisteszustandes zu sehr im 19. Jahrhundert geblieben ist. . . Eine neue Welt voll von Gefahren, weil sie voll von Unsicherheit und Ungewissheiten ist und in der man gefahrvoll leben muß.“

So schreibt Gonzague de Reynold im Januarheft der Genfer Monatschrift „Pro Patria“. Wir selbst haben in zwei im Laufe des Februar in Staatsbürgerkursen gehaltenen Vorträgen über „Schweizerische Außenpolitik“ die heutige Lage der Schweiz u. a. mit den Worten gekennzeichnet: „Die Schweiz lebt heute in Gefahr, in innerer und äußerer; viel mehr, als das in das Bewußtsein der Allgemeinheit eingedrungen ist“; wobei wir allerdings die Gefahr ebenfalls als nicht unmittelbar, sondern erst für eine kommende Zeit bevorstehend sehen. Der von Oberstdivisionär Wille im Berichtsmonat im „Volksbund“ gehaltene und an erster Stelle dieses Heftes abgedruckte Vortrag über die Möglichkeit einer schweizerischen Abrüstung, die Aussprache an der Tagung der Neuhelvetischen Gesellschaft vom 18. Januar über „Neutralität und internationale Zusammenarbeit“, ein Vortrag von Prof. Rabholz vor der schweizerischen Völkerbundshochschulvereinigung über Abrüstung und Neutralität u. a. m. können als Anzeichen dafür gewertet werden, daß man etwas von der europäischen Unruhe doch auch auf dem — nicht nur literarischen,

sondern auch politischen — „Holzboden“ der Schweiz zu empfinden beginnt. Man fühlt sich in seiner Haut, insbesondere in derjenigen, die man sich vor elf Jahren übergestreift hat, nicht mehr recht wohl und besinnt sich auf allfällige Folgen für die Zukunft. Daß dabei Neutralität und Armee im Vordergrund der Erörterung stehen, ist gegeben. Haben sie einerseits doch in den vergangenen hundertfünfzehn Jahren der Schweiz in Zeiten europäischer Wirren und Auseinandersetzungen Bestand und Sicherheit gewährleistet, und sind sie andererseits durch die neuen Verhältnisse seit Kriegsschluß am stärksten in Mitleidenschaft gezogen und am unmittelbarsten in Frage gestellt.

Zur Neutralität hat die Sozialdemokratie bisher nie ausgesprochene Stellung bezogen. Ihr zusammengefaßter Angriff ist auf die Armee gerichtet. Daß an und für sich Neutralität ohne Armee nicht möglich ist, beschwert sie weiter nicht. Schließlich beschwert es sie auch nicht, ob eine Schweiz ohne Armee möglich ist. Ihr Ziel ist die Erringung der Macht im Staat. Wäre sie einmal in deren Besitz, dann ginge es ihr wohl ähnlich wie der deutschen Sozialdemokratie, die zwar am bestehenden Ungenügen des verfassungspolitischen Zustandes nichts zu ändern vermochte, um so mehr aber die außenpolitischen Daseinsmöglichkeiten des eigenen Staatswesens verscherzte.

Anders die sogenannten bürgerlichen Armeegegner. Sie erblicken in der Neutralität ein Hindernis für die Abrüstung. So schreibt Ida Somazzi in den „Mitteilungen der schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund“: „Es handelt sich darum, eine Klärung herbeizuführen über den Begriff und die Tragweite der Neutralität, insofern sie als eine Hinderung der Verminderung der Rüstungen, eben auch unserer Rüstung empfunden wird.“ Oder Prof. Nabholz hat laut Bericht der „N. Z. Z.“ in dem oben erwähnten Vortrag ausgeführt: die Frage der Abrüstung rollt für die Schweiz die Frage der Neutralität neu auf. Das Aufrechterhaltenwollen der Neutralität bringe uns im Völkerbund sowieso in eine schiefe Lage; die Londoner Erklärung schwäche unsere dortige Stellung. Die Erziehung zur Wehrhaftigkeit, die an die alten Raufboldinstinkte anknüpfe, hemme weiter den Willen und damit die Möglichkeit zur Abrüstung. Hier gebe es nur Verzicht auf die veraltete Einstellung oder Verzicht auf die letzten Völkerbundsziele. Unsere offizielle Völkerbundspolitik sei widerspruchsvoll, nicht folgerichtig und wenig verdienstlich für den Völkerbund. Es handle sich bei dem Ganzen, da der Völkerbund weniger eine Einrichtung als eine Weltanschauung sei, um einen Kampf um eine Weltanschauung.

Auch in der Auseinandersetzung im Schoße der Neuhelvetischen Gesellschaft wurde durch William Martin, Redaktor am „Journal de Genève“, die Neutralität „restriktiv“, d. h. im Sinne möglicher Herabminderung behandelt. Es sei gut, wenn man sich über die Frage der Neutralität Klarheit verschaffe, denn sonst laufe man Gefahr, im Falle einer europäischen Verwicklung zwiefach in Streit zu geraten, einmal mit dem Völkerbund, der unsere Rechtsauffassung über unsere Neutralität nicht teile, und zweitens unter uns, von denen die einen für die Einhaltung der Neutralität seien, die andern für die Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Völkerbund. Auf jeden Fall habe die Schweiz seinerzeit beim Beitritt zum Völkerbundsrat die Beibehaltung der Neutralität nur zugestanden erhalten, weil der Völkerbundsrat im Falle der Verweigerung befürchten mußte, daß die Schweiz dann außerhalb des Völkerbundes bleibe. Auch sei es heute unklug vom Bundesrat, die Tragweite von Art. 16 der Völkerbundsatzung ständig herabzusetzen zu suchen. Die Schweiz trage mehr zu ihrer Sicherheit bei, wenn sie die Sanktionen des Art. 16 verstärken helfe, als wenn sie sich hinter ihre Neutralität verschanze.

Welche Haltung nimmt angesichts der heutigen Lage unsere offizielle Außenpolitik ein? Wir haben den 147 Seiten umfassenden Bericht des Bundesrates über die elfte Völkerbundsversammlung vor uns. Wenn Diplomatie die Kunst ist, viel Worte zu machen, ohne etwas zu sagen, dann ist der Bundesrat in dieser Kunst außerordentlich beschlagen. Als Entschuldigung mag allerdings gelten, daß auch die Tätigkeit des Völkerbundes sich zur Hauptsache in der Übung der nämlichen Kunst erschöpft. Immerhin besitzt der bundesrätliche Bericht eine Einleitung und Schlußfolgerungen. In ersterer lesen wir, daß „die letzte Versammlung nicht ge-

halten hatte, was sie versprochen hatte. . . Eine Reihe von Mißerfolgen hat die auf die Konsolidierung des Friedens gerichtete Bewegung sichtlich gehemmt". Aber der Völkerbund sei dafür nicht verantwortlich. Sondern seine Mitglieder. (Was ist denn der Völkerbund außer seinen Mitgliedern?) Darum bestehe auch kein Grund zur Schwarzseherei und Entmutigung. Der „nationalistische Vorstoß“, der der Entfaltung internationaler Zusammenarbeit wenig günstig sei, stelle eine der Folgen der erschütterten Weltwirtschaft dar. „Politische Ausgeglichenheit ist bei gestörter Wirtschaftslage nicht wohl denkbar.“ (Die gestörte Machtlage, unhaltbare Grenzbeziehungen, geistige Strömungen und Zielsetzungen würden demnach kein Hindernis für „politische Ausgeglichenheit“ darstellen?) Nicht weniger platt ist die in den „Schlußfolgerungen“ verkündete Weisheit: „Ausgesprochene Weltverbesserer werden den Realpolitikern stets Verrat vorwerfen. Andererseits suchen die Gegner neuer Methoden der internationalen Zusammenarbeit planmäßig überall eine Bestätigung ihrer Vorurteile. Zwischen beiden Lagern ist die große Schar derer, die allein uns maßgebend sein können. . . Die Meinung des Durchschnitts. Gewiß! Aber tatsächlich fällt allein sie in Betracht.“ Wir erlauben uns, da etwas anderer Meinung zu sein. Nicht etwa darüber, daß, was der Bundesrat hier verkündet, nicht Durchschnitt sei. Aber wir meinen, daß eine Regierung eigentlich dazu bestellt werde, über dem Durchschnitt zu stehen, bessere Erkenntnis, tiefere Einsicht zu gewinnen und entsprechend zu handeln. Mit einem Wort: daß eine Regierung führe! Für unsere heutige Staatsführung fällt indessen nach ihren eigenen Worten „tatsächlich allein die Meinung des Durchschnitts in Betracht“.

Das bisher Gesagte soll eigentlich nur eine Einleitung sein zu einem Hinweis. Als Dissertation zur Erlangung des Doktors der Rechtswissenschaft an der Universität Lausanne (die laut einer Zeitungsmeldung die Dissertation auch angenommen hat) ist im Verlag Rouge-Lausanne eine 177 S. umfassende Schrift erschienen: „Neutralität der Schweiz und Völkerbund, Zwei Auffassungen des Friedens“ (La Neutralité de la Suisse et la Société des Nations. Deux conceptions de la Paix) die einen ebenso verantwortungsbewußten wie kenntnisreichen und unerbittlichen Verfasser hat. Dieser, *Alphonse Morel*, ist einer der Führer der politischen Erneuerungsbewegung in der welschen Schweiz. Seine Schrift stellt das Klarste und Unbeirrbarste dar, was bisher über Neutralität und Völkerbund erschienen ist. Da gibt es keine Zurechtbiegungen zugunsten bestehender offizieller Kompromißlösungen. Mit Ausnahme einiger geschichtlicher Gesamtanschauungen, die uns der Ergänzung zu bedürfen scheinen, können wir uns restlos damit einverstanden erklären. Was über Neutralität und Völkerbund gesagt wird, ist ja genau das, was wir seit nunmehr elf Jahren in unserm ununterbrochenen Kampf gegen die Verwirrung klaren staatspolitischen Denkens, gegen die Auflösung aller politischen Grundbegriffe immer und immer wieder verfochten haben.

„Die Unvereinbarkeit der Idee des Völkerbundes und der Neutralität erscheint vollständig und unwiderleglich. Sie ist die Folge des grundsätzlichen sich Entgegenstehens zweier Auffassungen der internationalen Beziehungen“ (S. 87). „In Befolgung der maßvollen Grundsätze, gemäß denen der Krieg ein relatives Übel ist, das in seiner Ausdehnung und Wirkung begrenzt werden muß, und für das man keinen der Kriegführenden unbedingt verantwortlich machen kann, suchte die Schweiz die Härten des Krieges zu mildern bei all denen, die darunter litten. Der Völkerbund, der den Krieg als ein Verbrechen und den verantwortlichen Kriegführenden, der nach ihm besteht, als einen öffentlichen Übeltäter betrachtet, befiehlt seinen Mitgliedern, mit diesem sofort alle Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu brechen u. s. w. . . Den Wahlspruch der Kantone der Eidgenossenschaft: Einer für Alle, Alle für einen, ersetzt der Völkerbund durch: Einer gegen Alle, Alle gegen Einen“ (S. 92). „Die zwischen der friedlichen Politik bewaffneter Verteidigung der Schweiz und den pazifistischen und Entwaffnungsabsichten des Völkerbundes behauptete Gleichartigkeit besteht auf einem groben Schein. . . Der Friede, den der Völkerbund verfolgt, ist nicht nur ohne Beziehung, sondern im Gegensatz zum begrenzten Frieden, den die Neutralität schafft. Einzig das Wort ist dasselbe. Auf diesem einzigen Wort, auf einem einfachen Ton, besteht die behauptete Übereinstimmung der Neutralität der Schweiz und des Völkerbundes“ (S. 131). „Die gegenwärtige Politik der Schweiz umstürzend, behauptet der Bundesrat, unter dem Begriff einer Neutrali-

tätspolitik eine wirkliche Politik der Unparteilichkeit zu verfolgen. Bildet man sich aber ein, daß eine so ‚verlängerte‘ Neutralität Aussicht habe, geachtet zu werden und von Dauer zu sein?“ (S. 133).

Trotz dieser grundsätzlichen Erwägungen kommt Morel zu keiner allzu ungünstigen Einschätzung der heutigen Lage der Schweiz. Die Anstrengungen der Schweiz seien eben immer gewesen, ihre Neutralität auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder möglichst herzustellen. Daher helle sich, „wenn man sich auf den Boden der sichtbaren Wirklichkeit stellt, die Lage unendlich auf und wir können schließen, daß die Schweiz nicht nur niemals an den Sanktionen teilnehmen wird, weil das ihr Wille ist, sondern daß von ihr eine solche Teilnahme auch nie verlangt werden wird, weil man nicht verstehen kann, wie das System der Sanktionen jemals in Aktion treten soll. Der Riß in unserer dauernden Neutralität ist also schmal“ (S. 145). Auch von dem Umstand, daß die Schweiz den Sitz des Völkerbundes beherbergt, erwartet Morel keine Nachteile, denn „wir halten dafür, daß in dem Augenblick, in dem der Völkerbund zwangsmäßige und rein kriegerische Mittel zur Anwendung bringt, er kein Recht mehr hat, in der Schweiz zu verbleiben, wenn sie es ihm verweigert“ (S. 147). . . Von dem Augenblick an, wo der den Vertrag verletzende Staat mit dem Völkerbund die diplomatischen Beziehungen abbricht und seinen Vertreter in der Versammlung oder im Rat abberuft, muß auch die Schweiz ihre eigenen Vertreter zurückziehen und der Völkerbund den schweizerischen Boden verlassen“ (S. 148).

Die Gefahr unserer Völkerbundszugehörigkeit sieht Morel denn auch vorwiegend auf geistigem Gebiet: „Der Eintritt der Schweiz in den Völkerbund hat die dauernde Neutralität der Eidgenossenschaft nicht wesentlich verändert, aber er kann einen schwächenden geistigen Einfluß auf ihre überlieferte Politik haben und einem Staat, der auf das Gebiet der schweizerischen Kantone einzudringen wünscht, als Vorwand dienen“ (S. 154). . . Wenn man die Beweglichkeit des Bundesrates loben muß, mit der er die schweizerische Neutralität unter feindlichen Verhältnissen aufrecht erhalten hat und noch erhält, so muß man doch bedauern, daß die Sorge um die Verfolgung einer gesunden Politik, ohne die herrschenden Anschauungen des Zeitalters zu verletzen, die Staatsmänner so zur Verdrehung der wahren Grundsätze zwingt. Man muß anderseits die Rechtsgelehrten brandmarken, die alle Kraft aufbieten, um offensichtlich unmögliche Unmöglichkeiten als Lehre zu begründen. Durch geistigen Aufwand vereinigen zu wollen, was nicht vereinigt werden kann, zerstört die mühsam erworbenen Unterscheidungen und verwirrt die Grundbegriffe des Rechts“ (S. 155). . . Wer gegen die Natur der Dinge verstößt, verletzt sich dabei und zerstört die schon verwirklichte Ordnung, während seine künstlichen Auffassungen in den Wolken schweben. Das einzige Mittel, den in der Wirklichkeit und im Verstand angerichteten Schaden wieder gut zu machen, besteht in der Wiederanerkennung der Grundsätze der wirklichen Vernunft. Sie kommen von selbst, denken die einen; ohne Zweifel, aber es kommt vor, daß man sie, wenn man sie mit Stillschweigen übergeht, vergißt.“

Für Morel — und damit weist er sich als echten Anhänger der welschschweizerischen Erneuerungsbewegung aus — handelt es sich mithin letzten Endes bei der Einschätzung all dieser Fragen um eine geistige Angelegenheit. Der Zeitgeist, oder zum mindesten die in unserer Zeit vorherrschende Art zu denken, entbehrt der Bezugnahme auf die Wirklichkeit. Darum ist sie wesenlos, schwebt in den Wolken und führt schließlich zu allgemeiner geistiger Verwirrung und Zerstörung unserer ganzen Kultur. Nur durch Wiederbesinnung auf die der Willkür des Einzelnen entzogenen, uns wirkliche Wahrheit, bezw. richtige Erkenntnis der Erfahrungswelt vermittelnden und damit ordnende Meisterung derselben verheißenden Grundgesetze unseres Verstandes gelangen wir zu wirklich aufbauender Tätigkeit. „In der Entwicklung des geistigen Niederganges hat der Völkerbund nicht die Bedeutung, die man versucht ist, ihm zuzuschreiben. Der Völkerbund ist ein Ende, beinahe ein Anzeichen, kaum eine Ursache. Darum hat der Beitritt der Schweiz zu ihm keinen nennenswerten Einfluß auf ihre Neutralität gehabt. Die Änderungen, die die geschichtlichen Vorrechte der Eidgenossenschaft getroffen und geschwächt haben, sind den politischen, nationalen und internationalen Umwälzungen zuzuschreiben, die

Europa im Laufe des letzten Jahrhunderts erschüttert haben (S. 156). .\*) Der berühmte Satz, daß die Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz im wahren Interesse der Politik ganz Europas liege, hatte 1815 einen Sinn. . . 1930 hat er es nicht mehr, weil es keine europäische Politik mehr gibt. Jeder Staat mißtraut dem Nachbarn und keiner hat einen sichern Verbündeten. Alle Bündnisse sind möglich und keines ist notwendig. Das ist die Anarchie (S. 156). . . Der Streit zwischen dem natürlichen und dem positiven Recht (wie Morel die beiden oben umrissenen Denkweisen bezeichnet) schafft einen ‚Graben‘, der eines Tages eine Grenze bezeichnen könnte“ (S. 157).

Wir glauben auch, daß wir einem verschärften Kampf um zwei Denkweisen, zwei „Auffassungen des Friedens“ entgegengehen. Der „Graben“, den er aufwerfen wird, wird allerdings weniger zwischen den Nationen, als innerhalb derselben verlaufen. Und in der Schweiz wird er sicherlich nicht entlang der Sprachgrenze gehen — wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dann wäre er durch Morels glänzende Schrift geliefert, die es verdiente, ins Deutsche übersetzt und auch bei uns in der deutschen Schweiz aufs eifrigste gelesen und beherzigt zu werden.



Auf die Kampfebene zweier entgegengesetzter Weltanschauungen und Friedensauffassungen gehört auch der Streit um einen Film, der allerdings bei uns nach außen keine großen Wellen geschlagen hat, den aber still im Innern doch Viele auch bei uns ausgefochten haben mögen. Gerade in der welschen Schweiz ist dieser Film — es handelt sich um die amerikanische Verfilmung des Remarque'schen Buches „Im Westen nichts Neues“ — auf starken Widerstand gestoßen. Man befürchtet dort eine Schädigung des nationalen Willens im verwandten Frankreich durch ihn. Noch mehr aber ist es die Sorge um die Rückwirkungen auf das eigene Land. Was hat es für eine Bewandnis mit diesem „Abschreckungsmittel gegen den Krieg“? (In der „Neuen Zürcher Zeitung“ kann man lesen, daß man eine „Kriegsgurgel“ sei, wenn man an Remarque und dem verfilmten Abklatsch seines Buches keinen reinen Gefallen findet!) Der in Amerika hergestellte Film „Im Westen nichts Neues“ erreicht längst nicht die Höhe des deutschen Tonfilms „Westfront 1918, Bier von der Infanterie“, den wir im letzten Sommer in Zürich zu sehen bekamen. Die im Trommelfeuer umstürzenden Gipskulisfen des amerikanischen Films wirken gar zu lächerlich. Dann unterscheiden sich die beiden Filme entsprechend den beiden textlichen Unterlagen. Dort Ernst Johannsens „Bier von der Infanterie“, das fast anspruchslose Buch eines Kriegsteilnehmers, der aus dem Übermaß von erlebtem Grauen an der Westfront 1918 zur restlosen Ablehnung des Krieges kommt. Aber dieses Buch ist bei aller Verbittertheit männlicher, innerlich wahrer und begründeter als das Werk des Literaten Remarque, der den Kampf in vorderster Linie nur vom Hörensagen kennt. In der in Zürich laufenden „bereinigten“ Fassung enthält der Remarquefilm nicht mehr Herabsetzungen des deutschen Frontkämpfers als das Remarque'sche Buch selbst. Uns will denn auch scheinen, in dem Streit um das Filmverbot in Deutschland und anderwärts habe es sich eigentlich gar nicht nur, oder überhaupt nicht in erster Linie, um die besondere amerikanische Verunglimpfung deutscher Kriegsteilnehmer gehandelt. Es geht da um Tiefere.

Im Februarheft der „Neuen Wege“ schreibt ein überzeugter Pazifist zum Remarquefilm: „Es ist natürlich kein Zweifel: der Remarque-Film ist antimilitaristisch gemeint. . . Es ist (aber) durchaus nicht so, daß die jungen Menschen, deren leibliches und seelisches Zugrundegehen der Film darstellt, etwa schlechte Soldaten

\*) „Der Beitritt zum Völkerbund stellt nicht die eigentliche Ursache für die veränderte außenpolitische Lage der Schweiz dar. Er ist vielmehr nur ein Anzeichen dafür. Im Beitritt der Schweiz zum Völkerbund trug die schweizerische Außenpolitik nur der veränderten Umweltlage Rechnung. Das Kennzeichen dieser veränderten Umweltlage war die Zerstörung des europäischen Kräftegleichgewichts“ — führten wir in den oben erwähnten Vorträgen über „Schweizerische Außenpolitik“ aus.

wären. Was der Film zeigen will, ist bloß ‚die andere Seite‘. Verherrlichungen des Krieges gibt es genug, und sie sind, welche die Völker von neuem ins Verderben treiben. Ihnen gegenüber mußte einmal das wahre Gesicht des Krieges gezeigt werden. Eine gewisse Einseitigkeit ist dazu notwendig. . . Fragen darf man sich bloß, ob die Darstellung dieser Furchtbarkeiten wirklich im tieferen Sinne antimilitaristisch wirke oder mehr der Sensation diene und zuletzt Abstumpfung des Gefühls für das Entsetzliche erzeuge. Jedenfalls sollte es nicht ein Allzweck solcher Darstellungen geben. Und es wird sehr darauf ankommen, in welchem Geiste und in welcher Atmosphäre diese Darstellungen erfolgen. Wenn wie bei der Vorführung, der ich bewohnte, vorher eine halbe Stunde allerlei Anderes, darunter auch allerlei Schund, gezeigt, und in der Pause, nachdem man die armen, jungen Menschen an Hunger und Durst und Mühsal hat zugrunde gehen sehen, ‚Eiscream‘ und ‚Schokolade‘ ausgerufen wird, so wird die Vorführung dieser Leiden und Greuel zur Blasphemie.“

Der Artikelschreiber in den „Neuen Wegen“ hat zweifellos recht. Es ist durchaus fraglich, ob diese sog. antimilitaristischen Kriegsfilme auch wirklich in tieferem Sinne antimilitaristisch wirken. Wer öfters den Kino besucht und die Wirkung verschiedenster Filme auf die Zuschauermenge beobachtet, wird durchaus zu einer verneinenden Antwort kommen. Einmal ist der häufige Kinobesucher außerordentlich abgebrüht gegen übersteigerte Eindrücke. Selbst der nur gelegentliche Kinobesucher kann an sich das Nachlassen der Wirkung bei Wiederholung ähnlicher Stoffe feststellen. Verläßt er vielleicht nach dem ersten Kriegsfilm zerschlagen das Filmtheater, so nimmt er schon den zweiten Kriegsfilm verhältnismäßig gelassen hin. Er durchschaut den „Zauber“, weiß, was es mit dem ohrbetäubenden Lärm der krepierenden Granaten und ratternden Maschinengewehre auf sich hat, sieht gleiche Ausschnitte aus dem Erleben des Frontsoldaten wiederkehren wie das Ausharren im Trommelfeuer, Verschüttung im Unterstand, Fliegerangriff, Nerven zusammenbruch u. s. w. Alles das stumpft ihn ab. Gerät aber wirklich einmal ein Neuling vor einen Kriegsfilm, dann ist die Endwirkung auf ihn im besten Fall Ekel und Brechreiz. Ein solcher Zustand hat aber mit Kriegsgegnerschaft wenig zu tun. Hier rächt sich eben der heute die ganze Filmherstellung beherrschende Gesichtspunkt: die Übertreibung. Man glaubt, daß das abgebrühte Kinopublikum stärkste Nerven aufpeitschung wolle; lasse man sie ihm nicht zuteil werden, dann lehne es den Film ab, bezw. bleibe dem Filmtheater fern. Je größer aber die Übertreibung, desto mehr schaltet die eigentlich künstlerische, die die Nervenanspannung überdauernde Wirkung aus. Solange der Film rollt, fesselt er die Aufmerksamkeit. Im Augenblick des Erlöschens des Lichts auf der Leinwand erlischt der Nervenreiz. Eine schale Leere tritt an seine Stelle. War es ein „ruhiger“ Film, dann geht man verhältnismäßig befriedigt nach Haus, dankbar für die paar Stunden Selbstvergessenheit, zu denen er einem verholsten hat. Stellte er dagegen übermäßige Anforderungen an die Nerven, dann beherrscht ein einziges Bedürfnis die nachfolgende Zeit: die quälenden Eindrücke aus dem Bewußtsein auszulöschen, die überreizten Nerven zu entspannen. Dieses Bedürfnis bricht übrigens meist schon während der Aufführung ganz elementar in dem ganz zu Unrecht als „dumm“ bezeichneten Lachen des Publikums durch. Nie aber wird von solch übersteigelter Nervenanspannung ein positiver Eindruck bleiben, der zu einem Weiterspinnen, zu einem Nacherleben und inneren Verarbeiten des Gesehenen führte. An Unangenehmes erinnert der Mensch sich nun einmal nicht gern. Da liegt der Rechnungsfehler jener Pazifisten, die diese Kriegsfilme glauben auf ihr Konto buchen zu können. Wenn man das ‚wahre‘ Gesicht des Krieges zeigen wollte, dann dürfte man eben nach keiner Richtung einseitig sein, weder durch Übertreibung zugunsten noch gegen den Krieg.

Der andere Rechnungsfehler liegt in der Meinung, die Hersteller solcher Kriegsfilme verfolgten mit diesen eine moralische Absicht. Diesen Herstellern ist es aber vollständig gleichgültig, ob ihr Film das Gesicht des Krieges wahr oder unwahr wiedergibt. Sie wollen volle Kassen. Alles andere berührt sie nicht. Wenn ihnen — die wahre oder wahrheitswidrige — Wiedergabe von Kriegsszenen zu diesem Zweck dient, dann wird eben zur Abwechslung einmal der Krieg verfilmt, bezw. verkitscht. Neuerdings verkitscht man ja auch die Hoheit des Hochgebirges („Stürme über dem Montblanc“). Warum auch nicht? Solange der volle Geldsack

ausschlaggebender Gesichtspunkt ist, ist alles erlaubt. Abhilfe kann da einzig noch aus der Selbstwehr erwachsen. Während aber z. B. die Berge die Entheiligung, die mit ihnen geschieht, nicht empfinden, empfinden das wohl Hunderttausende von Soldaten, die ihr vieljähriges Martyrium hier, zwischen ‚Eiscream‘ und ‚Schokolade‘, einer unterhaltungsbedürftigen und sensationslüsternen Masse preisgegeben sehen. Muß man da wirklich eine unheilbare „Kriegsgurgel“ sein, um es zu begreifen und zu begrüßen, wenn gegen solche „Lästerung“ zur Selbstwehr gegriffen wird?

Übrigens — und das geht uns unmittelbar an — haben alle Darbietungen, und dazu gehört ein Großteil der Filme, die nicht künstlerisch, d. h. nachhaltend im Sinne einer Bereicherung des inneren Erlebens, sondern nur als augenblicklicher Nervenkitzel wirken, auf den Menschen eine zersetzende, auflösende, zerstörende Wirkung. Zu wie viel Verbrechen der letzten Jahre haben nachgewiesenermaßen Filmvorführungen Vorbild und Anreiz abgegeben! Wie viel mehr noch ist in unzähligen Menschen wertvollstes seelisches Gut durch die Abstumpfung und Vergleichgültigung gegen Gefühlstroheit durch Filmdarbietungen zerstört worden, ohne daß man den zahlenmäßigen Nachweis dafür erbringen kann? Groß — erhebend, aufbauend — wirkt auf den Menschen eben immer nur, was auch groß und wahr geschaut ist. So wenig es jemals „Verherrlichungen des Krieges“ waren, die „die Völker ins Verderben trieben“, so wenig werden einseitige Herabsetzungen des Krieges den Krieg aus der Welt schaffen. Die Tatsache Krieg kommt aus einer anderen Tiefe. Darum geht es auch bei dem Streit um den Remarque-Film gar nicht um Krieg oder Nichtkrieg. Es geht im Grunde um eine letzte Entscheidung: Ordnung oder Zersetzung, Gemeinschaft oder Auflösung, Staat oder Anarchie.

\* \* \*

Zu unserer letzten „Umschau“ haben wir einen kleinen Nachtrag zu machen. „Die Tessiner Frage ist im Begriff, zu einer internationalen Frage zu werden,“ überschreibt Herr Colombi seinen neuesten Artikel in der „Abula“. Die Begründung für diese Meinung zeigt noch einmal so recht deutlich die unheilvolle Rolle, die dieser Mann und seine Spießgesellen in den schweizerisch-italienischen Beziehungen gespielt hat und weiter zu spielen beabsichtigt: „Das Tessiner Volk — heißt es in dem betr. Artikel — ist unfähig zu einer ernsthaften und dauerhaften Abwehr. . . Bei seiner Geistesverfassung, dieser ständigen Zweideutigkeit, ist es vorauszusehen, daß sich in unserer (der tessinischen) Bevölkerung nur schwer die zur Übernahme der Erbschaft der „Abula“ geeigneten und bereiten Elemente finden werden. Die Urheber der Unterdrückung ihrer Bewegung hätten also alle Wahrscheinlichkeit, ihren Plan ausführen zu können, wenn die Welt in Ponte Chiasso zu Ende wäre. Aber jenseits des Monte Olimpino besteht eine Nation von 42 Millionen Seelen, die ein unmittelbares Interesse am Tessin hat. . . Die immer größere Verbreitung der „Abula“ in Oberitalien beruht zum großen Teil auf dieser Geistesverfassung jenseits des Monte Olimpino. . . Bis jetzt ist die italienische Bewegung, die mit immer lebhafterem Interesse auf unsern Kanton blickt, nicht organisiert und hat sich auf theoretische und Sympathiebekundungen beschränkt. An dem Tag aber, an dem eine tätige Organisation entstehen würde, würde die Lage eine bemerkenswerte Änderung erfahren. Unterdrückt die „Abula“ und ihre Bewegung und schafft Opfer und Jhr werdet der erwähnten Bewegung einen guten Ruck geben!“ — Colombi fügt diesen Worten noch bei, daß sie nicht als eine „Drohung“ aufzufassen seien, sondern lediglich als eine „Warnung“. Wir wiederholen, was wir das letzte Mal sagten: wir glauben wirklich nicht, daß Italien — offiziell oder inoffiziell — um Herrn Colombis willen die schweizerisch-italienischen Beziehungen unheilvoll belasten werde.

Die beste Antwort auf seine Drohung mit den hinter ihm stehenden 42 Millionen Reichsitalienern haben Herrn Colombi die Tessiner selbst gegeben. In Bellinzona wurde in dem von der Fastnachtsgesellschaft „Nabadan“ veranstalteten Fastnachtsumzug u. a. ein drei Meter hoher eiserner Käfig mitgefahren, in dem ein Männchen von Statur und Haltung Colombis, mit einem Rock und Hut, wie ihn Colombi gewöhnlich trägt, eingesperrt war. Das Männchen hielt die „Abula“ in den Händen und stieß von Zeit zu Zeit Schreie aus wie ein Esel. In dem an das



Publikum verteilten Gedicht hieß es, daß dieses „unklassifizierbare Monstrum“ auf den Höhen der „Adula“ gefangen worden sei, und auf der Vorderseite des Wagens stand die Frage, ob die Bestie wohl besser in Rom oder im zoologischen Garten in Basel untergebracht werde? Dieser „Adula“-Wagen wurde vom Fastnachtskomitee mit einem der ersten Preise von Fr. 250 bedacht.

\* \* \*

Am 15. März kommen die beiden Vorlagen über die Verlängerung der Amtsdauer von Bundesrat und Bundesversammlung bezw. Nationalrat, und der Erhöhung der Vertreterzahl für den Nationalrat zur Abstimmung. Schon die Verschiedenheit der Einstellung der Parteien und innerhalb der Parteien wieder der kantonalen Parteigruppen, zeigt, wie unbefriedigend beide Vorlagen allgemein empfunden werden. Gegen eine Verlängerung der Amtsdauer der Räte um ein Jahr wäre an sich wenig einzuwenden. Sie würde zweifellos eine Vereinfachung, eine Einsparung in unserm politischen Leben bedeuten. Man führt zu ihren Gunsten auch an, daß der einzelne Volksvertreter dann wenigstens drei und nicht bloß zwei Jahre lang ohne Rücksicht auf die kommenden Neuwahlen den Pflichten seines Amtes obliegen könne. Allerdings könnte man, wenn man böshaft sein wollte, auch umgekehrt argumentieren: der einzelne Volksvertreter brauche sich bei verlängerter Amtsdauer nur alle vier, und nicht alle drei Jahre einmal — vor der Neuwahl — anzustrengen, um den Berechtigungsnachweis zu seinem Amt zu liefern. Mit dem gänzlich verfehlten Vorschlag zur Beschränkung der Nationalratszahl verkoppelt, wird dieser Vorschlag aber mit jenem zusammen wohl in der Volksabstimmung verworfen werden.

Die Vorlage über die Heraufsetzung der Vertreterzahl für den Nationalrat scheint uns völlig unannehmbar. Wir halten noch heute dafür, daß der Vorschlag Klöti mit der festen Mitgliederzahl von 200, wenn man schon etwas am Bestehenden ändern wollte, der einzig gegebene gewesen wäre, auch wenn er von sozialdemokratischer Seite stammte. Um den jetzigen Nationalrat um neun Mann zu reduzieren, macht man keine Verfassungsänderung. Dem Volk eine solche Vorlage zu unterbreiten, ist des Parlaments unwürdig. Und es ist darum nur in der Ordnung, wenn das Volk ihm am 15. März eine ablehnende Antwort erteilt. Schließlich wäre eine Verwerfung beider Vorlagen auch schon deswegen zu begrüßen, weil durch solche an sich belanglose Verfassungsänderungen nicht der Eindruck erzeugt werden soll, es geschehe etwas und sei etwas getan, um dem grundsätzlichen Ungenügen der heutigen Parlamentsform abzuhelpfen.

Zürich, den 2. März 1931.

Hans Dehler.

## Zur politischen Lage.

### Die Einigung über die Flottenrüstungen.

England hat es nun doch fertig gebracht, Frankreich und Italien zu einigen und damit das Londoner Abkommen der Seemächte über die Flottenrüstungen zu sichern. Für fünf Jahre ist damit eine bestimmte Begrenzung und Regelung der Flottenrüstungen gewährleistet, die man in den beteiligten Kreisen mit dem wohlklingenden Namen Flottenabrüstung zu bezeichnen beliebt. Auch das ist erst nach langen Bemühungen gelungen, hauptsächlich weil die beteiligten Staaten ein Wettüften mit seinen enormen Kosten auf die Dauer doch nicht aushalten konnten oder nicht gern aushalten wollten. Außerdem macht das rasche Fortschreiten der Technik alle Rüstungen fast unnütz; trotz aller Kostspieligkeit sind alle Kriegsschiffe innert kürzester Zeit wieder altes Eisen. Unter solchen Umständen läßt sich begreifen, daß man sich gern auf eine gewisse allgemeine Zurückhaltung im Wettüften einläßt. Man hat ja für die stete Vervollkommnung der Kriegsmittel im Rahmen der zulässigen Neubauten immer noch Spielraum genug.

Am meisten Interesse hat natürlich an einem solchen Übereinkommen England. Hier sind die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse allmählich derart

geworden, daß man das Wettrüsten mit den Vereinigten Staaten auf die Dauer nicht aushält. Man hat sich damit abgefunden, daß man nicht mehr die stärkste Flotte besitzt. Welch ein Unterschied ist das gegenüber der nur zwei Jahrzehnte zurückliegenden Zeit, wo England die Überlegenheit über die zwei nach ihm stärksten Flotten der Welt beanspruchte. Jetzt ist man froh, wenn man in Europa noch eine ansehnliche Überlegenheit herausbringt. Darin kommt das starke Sinken der Machtstellung des britischen Weltreiches mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Die britische Diplomatie verlegt sich nun darauf, wenigstens noch ein erträgliches Stärkenverhältnis der Flotten festzuhalten, ohne daß dadurch dem Reich unerträgliche Lasten aufgebürdet werden. Dem gelten also die ganzen Flottenverhandlungen, in denen allerdings die englische Stellung nicht allzu vorteilhaft ist. Denn in Washington, in Paris und Rom kennt man natürlich die Hintergründe des englischen Abrüstungswillens sehr genau.

Es sind jedoch nicht nur die finanziellen Nöte des britischen Weltreiches, die es auf dem Wege der Flottenabrüstung vorwärts treiben; mindestens ebenso stark sprechen die Besorgnisse wegen der neuen Kriegsmittel, der Unterseeboote und der Luftwaffe, mit. England hat im Weltkrieg mit dem deutschen Unterseebootskrieg so schlimme Erfahrungen gemacht, daß es der Vernichtung sehr nahe stand. Heute sieht es besonders Frankreich diesem Kriegsmittel eingehende Beachtung schenken. Trotz der Schwäche der französischen Flotte im allgemeinen hat sich so Frankreich ein sehr gefährliches Werkzeug geschaffen, ein vor allem für England gefährliches Werkzeug. So geht das englische Bestreben auch dahin, die andern Seemächte daran zu hindern, ihre für England so gefährlichen neuen Waffen auszubauen. Aber auch das weiß man natürlich an den in Betracht kommenden fremden Stellen sehr genau. So ist es erklärlich, daß England den Rüstungstillstand nicht ohne Mühe und wahrscheinlich nur gegen anderweitiges Entgelt erhalten hat.

Das gilt vor allem für Frankreich und Italien. Hier kam nämlich noch der gegenseitige Neid in Betracht. Italien will die Übermacht Frankreichs zur See unter dem faschistischen Ruder nicht mehr anerkennen. Frankreich aber will bei dem begründeten Mißtrauen gegen seinen lateinischen Nachbarn auf keinen Fall auf diese Überlegenheit verzichten, um nicht die Verbindung mit seinem afrikanischen Reich zu gefährden. An diesem Hindernis stockten letztes Jahr die Rüstungsbeschränkungen. Ja an diesem Nebenumstand schien alles zu scheitern und bereits begann zwischen Paris und Rom ein fröhliches Wettrüsten. Alle Augenblicke lief auf den französischen oder italienischen Werften ein neues Kriegsschiff vom Stapel. Wenn es nun den Engländern trotzdem gelungen ist, ihr Abkommen unter Dach zu bringen, so spielen da zweifellos verschiedene Umstände mit. Einmal vertragen die italienischen Finanzen ein solches Wettrüsten nur schlecht. Dann aber hat England sein ganzes Gewicht aufgewendet, um die Zusage zu erhalten. Und drittens hat es wohl auch ganz bestimmte Versprechungen gemacht. In Deutschland ist man denn auch keinen Augenblick darüber im Unklaren, daß es die Rechnung schließlich bezahlen soll. Es spielt dabei gar keine Rolle, wie die italienisch-französische Vereinbarung in den Einzelheiten lautet. Sie wird irgend ein Kompromiß zwischen dem italienischen Paritätswunsch und der französischen Ablehnung sein. Frankreich hat aber auf jeden Fall irgendwie nachgeben müssen und beansprucht selbstverständlich anderwärts eine Entschädigung. Denn wegen der schönen blauen Augen der Engländer wird es sich zu keinem Opfer entschlossen haben. Frankreich hat aber dafür bei den ihm viel mehr am Herzen liegenden Landrüstungen Wünsche, die ihm die Engländer vielleicht gegen die Erfüllung der bei ihnen überwiegenden Flottenwünsche erfüllen können. Das aber bedeutet in erster Linie die Ablehnung der deutschen Begehren auf irgend eine wirksame Abrüstung. Damit ist vielleicht die endgültige Entscheidung über das künftige Schicksal der großen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes schon in den Verhandlungen Hendersons mit Briand und Grandi gefallen.

Ob man eine solche Wendung sehr bedauern soll? Das ist durchaus nicht gesagt, da es ohnehin feststeht, daß nach all den Vorverhandlungen mit ihrem endlosen Theater aus den großen Abrüstungsverhandlungen doch nichts Wesentliches herauskommen wird. Sachlich ist also auch eine Bindung Englands für die Behinderung der Abrüstung zu Lande von keinem wesentlichen Einfluß. Sind in

anderthalb Jahren die Verhältnisse so weit entwickelt, daß die Abrüstung unbedingt sich aufdrängt, so wird sie trotz aller vorhergehenden Abmachungen kommen. Im andern Fall wird die Welt von Neuem ein wunderbares Schauspiel mit schön verteilten Rollen bewundern können. Davon hat schon die Aufnahme der Nachricht vom Glücken der Flottenverständigung in Frankreich und England einen Vorgesmack geben können. In Frankreich mußte man der Öffentlichkeit diese Lösung mundgerecht machen, die ja irgend einen kleinen Rüstungsverzicht und ein Entgegenkommen für England birgt. Also sagte man naturgemäß, daß Frankreich bei den künftigen Verhandlungen über die Landabrüstungen die Bezahlung erhalten werde, was den französischen Massen am ehesten einleuchtet und wohl auch der Wahrheit entspricht. In England kann natürlich eine Arbeiterregierung derartige Dinge wohl im Interesse des Staates tun, aber auf keinen Fall zugeben. Also hat man die Pariser Presseerklärungen prompt bestritten. Gerade so wird man es seinerzeit in Genf machen; deswegen braucht man es aber doch weder dem salbungsvollen Henderson, noch dem Arbeiterführer Mac Donald zu glauben.

Wer hat nun wohl bei dem Geschäft am meisten profitiert? Den realsten Gewinn wird wohl Frankreich davontragen, das seine Politik belohnt sieht. Was Italien erhält, das weiß man noch nicht; etwas wird es ja schon sein. England erkaufte sich wieder für einige Zeit Atemfreiheit. Es kann sich nun eher seinen innerpolitischen Aufgaben, vor allem der furchtbar schwer lastenden Wirtschaftskrise samt der Arbeitslosenfrage zuwenden. Es kann die Verhandlungen in Indien führen. Diese beiden offenen Wunden, die teilweise in unmittelbarer Abhängigkeit voneinander stehen, zehren heute an der Kraft des stolzen englischen Weltreiches. Ihre Heilung aber ist eine sehr schwierige, heute ziemlich aussichtslos erscheinende Sache. Auf jeden Fall hat die Arbeiterregierung hiebei bisher noch so gut wie nichts erreicht. Bezeichnend für die Lage aber ist es, daß England heute mit Gandhi dem Rebellenführer wie mit einer gleichgestellten Macht verhandeln muß und wirklich verhandelt. Wer hätte das noch vor ein paar Jahren für möglich gehalten? Heute verantwortlicher englischer Staatsmann zu sein, ist wirklich keine verlockende Aufgabe, auch für Leute von ansehnlicherem Kaliber als Mac Donald oder Baldwin.

Die Zechen wird bei der ganzen Angelegenheit sicher Deutschland bezahlen, das sich in der Abrüstungsfrage einer geschlossenen Front der Entente der Kriegsjahre gegenüber sehen wird. Es hat bei dieser Gelegenheit wieder einmal Anschauungsunterricht über die italienische Zuverlässigkeit erhalten. Zweifellos wird es so wenig nützen wie früher, auch bei den Nationalsozialisten. Es zeigt sich so immer wieder die Schwäche einer Stellung, die immer zum Fordern zwingt, dem Partner aber recht wenig Gegendienste bieten kann. Es heißt auch hier wie überall: Hilf dir selbst, so helfen dir die andern!

U a r a u, den 4. März 1931.

Hektor Ammann.

## Sozialpolitik und Wirtschaftskrise in England.

England hat seine 2,6 Millionen Arbeitslose, ein gerüttelt Maß für die Insel mit ihren wenig mehr als 40 Millionen. Aber die Schlangen von Apfelkarren werden in London nicht immer länger wie in New York. Auch nicht — da London lokale Vorteile genießt und der Vergleich ansechtbar ist — in Birmingham, Manchester oder Glasgou. England schlägt sich, wenn nicht mit Leichtigkeit, so doch mit Anstand durch die schlechte Zeit durch. Das Schatzamt mag um die Kosten zittern. Es borgt und borgt, aber es hat sich bis heute nichts schenken lassen. Bisher ist man ohne ein englisches Gegenstück zu Al Capones Chicagoer Suppenküchen ausgekommen.

England hat auch das radikale Mißvergnügen über die Politik schlechthin kennen gelernt. Aber es bleibt verschont von der Krise des Regimes, dem Fanatismus der Bundesfähnlein und der Nichtachtung des Menschenlebens, von so vielem, was Deutschland in diesem Winter erlebt hat. Seine Parteipolitik hat sich unter abnorm schwierigen Umständen nicht mit Ruhm bedeckt, aber sie überlebt

dank dem ihr eigenen Sinn für die Schicksale und Interessen des Ganzen. Das Parlament überlebt. Die wichtigsten politischen Ereignisse der letzten paar Wochen waren eine Rede Mr. Snowdens und eine Rede Lloyd Georges im Unterhaus.

### Die Weltkrise und das englische Problem.

Man könnte zeigen, daß England verhältnismäßig wenig unter der Weltwirtschaftskrise leidet und daß sein besonderes lokales Problem nicht nur älter als sie, sondern auch ernster zu nehmen ist. Seine Erwerbslosenziffer sank erst im Mai 1929 unter eine Million, um gleich darauf sie wieder zu übersteigen, geraume Zeit noch vor dem Zusammenbruch der amerikanischen Spekulation. Die Krise traf England in verhältnismäßig ungünstiger Verfassung an, und in solcher wird sie es nach ihrer Überwindung zurücklassen. Unter diesen Umständen ist die Berechtigung einer abwartenden Politik, die sich im Kampf gegen die zusätzlichen Schwierigkeiten von 1930/31 nur zurückhaltend engagiert, für England nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Es wird ein Kinderspiel sein, sie nach den Regeln der Parteipolemik krasser Unfähigkeit zu verdächtigen, aber sie wird dem Unvoreingenommenen in gewissem Grade einleuchten, solange sie zwei Voraussetzungen erfüllt: Während sie abwartet, sollte sie keine von den lindernden oder produktiven Ausnahmemaßregeln gegen die zusätzliche Erwerbslosigkeit verabsäumen, die ohne Festlegung von außerordentlichen Mitteln und Kräften auf lange Sicht durchzuführen sind, — aber der Bereich solcher Maßnahmen ist erfahrungsgemäß sehr beschränkt; zugleich aber sollte sie alles in ihren Kräften Stehende zur Lösung des lokal begrenzten, aber hartnäckigeren Problems tun, das die Weltkrise überleben wird und das die Reorganisation des größeren Teils der Industrie und eine ganz neue Elastizität der Erzeugungskosten von großer technischer, finanzieller und sozialer Tragweite erheischt. Eine solche Politik ist, theoretisch wenigstens, die der gegenwärtigen englischen Regierung. Aber sie hat sich begreiflicherweise durch einen dichten Schneefall von verzweifelten Ratschlägen und Pfuscherrezepten durchzuarbeiten. Die gemeinsame Schwäche dieser Pläne liegt darin, daß sie die Weltwirtschaftskrise mit ihrer Not und Erregung, nicht den englischen Sonderfall zum Maßstab der Dinge machen. Die Programmattiker suchen der Lethargie durch Panik beizukommen, zum mindesten sich der Panik als Vorspann zu bedienen.

### Schutzzölle.

Das letztere gilt natürlich vor allem für die verschiedenen hochprotektionistischen Programme, die wie Blasen aus dem Sumpf des Jahres 1930 aufgestiegen sind. Man möchte gerne glauben, daß das dilettantischste von ihnen, Lord Beaversbrooks „Reichsfreihandel“, seit seiner unbarmherzigen Bloßstellung durch Wort und Tat auf der jüngsten Reichskonferenz, überwunden sei, trüge nicht der Presselord unter den Spießbürgern der Londoner Vorstädte einen possenhaften Ersatzwählerfolg nach dem andern über die offizielle Parteileitung der Konservativen davon. Indessen, auch im schlimmsten Falle dürfte die Bedeutung dieser „Bewegung“ sich darin erschöpfen, die Schwächen Mr. Baldwins und seiner Parteimaschine an den Tag gebracht, die Ansprüche der englischen Politik an Persönlichkeit und Bildung gesenkt und den Niedergang der Wahlsitten illustriert zu haben. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie auf die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensfragen Englands Einfluß gewönne, ist gering.

Das Gleiche von dem sogenannten wissenschaftlichen Tarifprogramm der offiziellen Konservativen zu behaupten, wäre leichtfertig, so viele Beulen und verbogene Stellen es auch aus der Fehde mit den Presselords davontragen mag. Der „Notstandstarif“ der Konservativen, der ihrem Wiedereinzug in Whitehall auf dem Fuße folgen soll, hat gute Aussichten auf Verwirklichung, selbst wenn der freihändlerischen Labour-Regierung bei ihren kürzlich eingeleiteten Zollverhandlungen mit sechs europäischen Ländern<sup>1)</sup> ein bescheidenes Maß von Erfolg nicht versagt bleiben sollte. Die Politik der sogenannten Verhandlungszölle — als solche werden sie dem wenig erfahrenen englischen Publikum angepriesen — kann freilich für Eng-

<sup>1)</sup> Deutschland, Frankreich, Italien, Schweiz, Osterreich und Polen. Ein Versuch, von dem Genfer Zollfrieden von 1930 zu retten, was zu retten ist.

land, ein Land mit unelastischem Einfuhrbedarf und äußerst labilen Auslandsmärkten, sich nur besonders undankbar erweisen. Lange bevor nennenswerte Zugeständnisse des Auslands eingehandelt sind, wird der englische Tarif den Interessenten ein Wertobjekt an sich und im tarifbewehrten Nachkriegs-Europa eine definitive Mauer mehr sein. Ruhe finden wird nur das begreifliche Ressentiment Englands über die universale Schwerhörigkeit für die Ermahnungen seiner Freihändler. Von den Reorganisationsaufgaben der englischen Industrie lenkt die Zollpropaganda naturgemäß ab, und die Verwirklichung ihrer Ziele könnte sehr wohl zum Stillstand bringen, was sich heute an erneuernden Kräften regt.

### Aufbauanleihen.

Die Idee der Liberalen, Lloyd Georges große öffentliche Anleihen für nationale Aufbauzwecke, ist aus ihrem jüngsten Kompromiß mit der Regierung, das rein politischen Zwecken diene, geschwächt hervorgegangen. Die Führer der Labour Party waren, als sie vor anderthalb Jahren in Whitehall wieder einzogen, wenn möglich noch entschiedener als Lloyd George auf eine Lösung der Erwerbslosenfrage durch Anleihen und öffentliche Arbeiten festgelegt. Das nachmalige Aufschwollen des Problems und administrative Schwierigkeiten haben dazu beigetragen, die Ausführung dieser von der Labour-Regierung mitgebrachten Pläne in den Grenzen des Alltäglichen zu halten. Das Ergebnis fordert die parteipolitische Ironie heraus, aber es wäre ungerecht, die grundsätzlichen Bedenken zu leugnen, an denen die Politik der „Aufbauanleihen um jeden Preis“ scheitern mußte: die Wahrscheinlichkeit bedeutenden Kapitalbedarfs der Privatwirtschaft bei wiedereintretender industrieller Expansion und die berechtigte Furcht vor Fehlinvestitionen. Für das Tempo und die Finanzierung öffentlicher Arbeiten werden auch nach dem Kompromiß mit den Liberalen die nüchterne Erfahrung der Labour-Regierung und das umständliche Ineinandergreifen von parlamentarischer und administrativer Maschinerie maßgebend bleiben. Die praktischen Grenzen dieser Politik sind unter den englischen Verhältnissen wahrscheinlich als ein negativer Vorzug anzusprechen. Sie stempeln das Verfahren zu einem jener eingangs erwähnten Notbehelfe, die unter den zusätzlichen Schwierigkeiten der Weltkrise „auch“ nicht links liegen bleiben dürfen. Aber seine Belanglosigkeit für die Behandlung der stehenden industriellen Schwäche Englands ist, entgegen den ursprünglichen Hoffnungen seiner Urheber, heute theoretisch und praktisch erwiesen.

### Unternehmer.

Es gibt Versuche, denen weniger die wirtschaftliche Kompetenz als die staatspolitische Reife abgeht. Die „National Confederation of Employers' Organizations“ hat kürzlich die Frage der Produktionskostenbildung in einer Denkschrift beleuchtet und dabei ausdrücklich Abstand von der den Politikern eigenen Betrachtungsweise genommen, die zwischen Weltursachen und heimischen Gründen des englischen Mißerfolgs nicht zu unterscheiden gewohnt ist. Doch zeigt gerade dieser Fall, wie schwer es ist, sich unter dem Eindruck der augenblicklichen Lage nicht der Panik anheimzugeben. Die Confederation — für einen Augenblick erwacht aus dem Taumel der Schutz Zollpropaganda — geht davon aus, daß der Stand der englischen Löhne vor dem Weltkrieg sich im großen Ganzen nach den Konkurrenzbedingungen der Ausführindustrien richtete und auf diese Weise nicht den Anschluß an weltwirtschaftliche Verhältnisse verlor — offensichtlich eine lebenswichtige Voraussetzung für das erste Ausführland der Welt. Seit dem Kriege ist die Herrschaft des ausfuhrbedingten Lohnniveaus in der Tat gründlich gebrochen worden, vor allem durch die ungenügend vorbereitete Wiedereinführung des Goldstandard (1925). In den „sheltered industries“, die frei von internationaler Konkurrenz den Binnenmarkt beherrschen — die Eisenbahnen, in England Privatbesitz, sind das einfachste Beispiel dafür — haben sich Lohnsätze erhalten oder herausgebildet, die den exportierenden „Standard“-Industrien unerreichbar sind, aber gleichwohl die gewerkschaftlichen Lebenshaltungsansprüche mitbestimmen. Die Fähigkeit zur schnellen Anpassung an eine veränderliche Welt ist so den Ausführindustrien verloren gegangen. Unzweifelhaft haben der Staat und die Selbstverwaltungskörper — als „sheltered industries“ par excellence, wie die Confederation sagt — durch ihre

eigenen Lohn- und Gehaltsstufen und durch den Ausbau der Sozialpolitik die Starrheit des binnenländischen Lohnsystems verstärkt, anstatt sie zur Beweglichkeit des ausfuhrbedingten Lohnstandard zurückzuführen (was bei sinkenden Lebenshaltungskosten nicht notwendigerweise die Verschlechterung der Reallöhne, vielleicht auf die Dauer nicht einmal der Nominallohne erfordert hätte). Die Confederation verlangt deshalb: Senkung der Löhne und Gehälter bei den öffentlichen Körperschaften, Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um ein Drittel, Rückbildung der Soziallasten auf eine feste Höchstgrenze, die erheblich unter dem derzeitigen Jahresaufwand liegen sollte.<sup>2)</sup>

### Gewerkschaften.

Eine Unternehmer-Denkschrift, — die Confederation stellt sie selbstverständlich, so wie sie ist, nur „zur Diskussion“. Als praktische Tagesforderung gedacht, wäre sie nur als Explosivstoff zu bezeichnen. Es ist ein verzeihlicher, aber darum nicht minder gründlicher Irrtum, daß in England der Klassenkampf so gut wie unbekannt ist. Er ist dank der gewaltigen Macht der Gewerkschaften zu einer Kraftprobe auf der Stelle geworden, einem Zustand, in dem die Parteien sich die Wage halten. Wird die „Offensive“ der Confederation das „Gleichgewicht der Mächte“ brechen? In dem Stärkeverhältnis der Gewerkschaften und der Unternehmer liegt eine der Kernfragen des englischen Problems. Es wäre in jedem Falle zweifelhaft, ob die Auseinandersetzung in Frieden verlaufen kann, ohne ausgedehnte Streiks und Aussperrungen, vielleicht sogar eine solidarische Abwehraktion der Arbeiterschaft. Die schwebende — oder muß man sagen, die in der Luft hängende? — Generalstreik-Bill der Regierung erhält unter den neuen Umständen eine fast aktuelle Bedeutung, die sie ursprünglich, als die Gewerkschaften sie der Labour-Regierung aufdrängten, zweifellos nicht hatte. Daher natürlich auch die verstärkte Abneigung der bürgerlichen Parteien gegen den Entwurf. Die Verdüsterung der sozialen Friedensausichten hätte, wie gesagt, auf alle Fälle nicht ausbleiben können. Aber es wird heute erschreckend klar, was es mit dem lang- und klanglosen Ende der „industriellen Friedenskonferenzen“ Lord Melchett's (Alfred Mond's) vor zwei Jahren auf sich hatte. Sie leben heute nur noch als ein Stück Routine im schwunglosen Mechanismus der offiziellen Verbände — der Unternehmer wie der Gewerkschaften — fort. Die Erben des großen Versuchs machen keine Miene, sich über der Denkschrift der Confederation zusammenzusetzen. Diese wäre stark ergänzungsbedürftig in Punkten, über die sich allerdings kein Mensch aus einer Unternehmer-Denkschrift allein unterrichten kann.

### Und die Politik?

Hier Partei zu ergreifen, hieße für Regierung und Staat, sich dem Kampf der massierten Klasseninteressen ausliefern, für niemanden ein gefährlicheres Beginnen als für eine Regierung Mac Donald. Aber beiseite stehen, hieße in eine längst überwundene politische Doktrin zurückverfallen und bekennen, daß alle Sozialpolitik nur vergebliches Lösegeld des Staates an die wirtschaftlichen Kampforganisationen gewesen wäre. Auch tritt das umstrittene Problem in den dafür gegebenen Formen an den Staat unmittelbar heran. Wollte Mr. Snowden den Industriellen erwidern, daß es nicht seine Sache sei, ihrer Lohnpolitik weiterzuhelfen, so brauchte er sich nur seinen Vorschlägen für das nächste Budget wieder zuzuwenden, um auf das gleiche Dilemma zu stoßen. Der Schatzkanzler hat vor wenigen Tagen den offiziellen Schleier von der Schuldenwirtschaft der Arbeitslosenversicherung fortgezogen. Er hat keinen Anstand genommen, von einer allgemeinen Krise der Finanzen, nicht nur der Erwerbslosenfürsorge, und von Gefahr für die hervorragend verwundbare internationale Finanzstellung Englands zu sprechen. Mr. Snowden könnte umso ruhigeren Gewissens in der gebotenen Richtung ausschreiten, als er überzeugend vor mehr als einem Labour-Meeting auseinandergesetzt hat, daß der Verfall seiner Finanzgebarung sich am unbarmherzig-

<sup>2)</sup> Die Denkschrift beziffert die Soziallasten des letzten statistisch bearbeiteten Jahres (1929), einschließlich Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, mit 400 Millionen Pfund Sterling gegen 63 Millionen in 1911.

sten an der Industriearbeiterschaft rächen würde. Im Kleinen, wie kürzlich in Südwaales und Lancashire, läßt die Regierung es auch nicht an Anzeichen dafür fehlen, daß ihre Verpflichtung gegenüber den Gewerkschaften Grenzen hat. Trotzdem fehlt zu jenem aufrüttelnden Beispiel der Regierung, das viele, nicht selten unter Berufung auf das deutsche Vorbild, verlangen, eigentlich noch alles. Die offizielle Behandlung der Reformfrage, die durch den Zusammenbruch der Erwerbslosenversicherung aufgeworfen wurde, verleugnet den Ernst, mit dem Mr. Snowden selbst sie umkleidet und in der Tat in den Mittelpunkt der Politik der nächsten Monate gerückt hat.

Man hat zu bedenken, daß die hohe Lebenshaltung, sozialpolitisch unterbaut, ein definitives nationales Ideal Englands ist, vergleichbar dem amerikanischen Prosperity-Mythos, aber älter und ein gut Teil tiefer begründet. Es gibt in England keine Partei, die nicht erst in allerjüngster Zeit gelernt hätte, sich skeptisch über dieses Ideal zu äußern, und es gibt eine Partei, die es tolerant nimmt und immer so nehmen wird. Diese Partei regiert. Sie ist nicht blind dafür, daß die Lebenshaltung eines großen Ausfuhrlandes in vernünftigen Beziehungen zu Weltwirtschaftserträgen stehen muß. In diesem Punkte verlangt ihr Programm, „durch internationale Aktion (gemeint ist vor allem das Genfer Arbeitsamt) den Standard der anderen zu heben, anstatt den eigenen zu senken“. Kein sehr durchschlagender Programmpunkt in der Situation, wie sie ist. So liegt etwas von parteipolitischer Tragödie in der Luft. Aber für England scheint es keine dritte Möglichkeit zu geben zwischen der Anpassung an das Unabänderliche und dem Unglück eines schweren, langwierigen Lohn- und Klassenkampfes. Die Regierung Mac Donald würde die letztere Alternative um vieles wahrscheinlicher machen, wollte sie jetzt die Geschäfte an die Konservativen abgeben, weil ihr „der Boden zu heiß“ wird.

L o n d o n, Ende Februar 1931.

F. Lindseidt.

---

## Kultur- und Zeitfragen

---

### Politische Erneuerung.

Auch für die Schweiz, für Volk und Staat, kommt die Erneuerung. Wir sehen und wir wollen sie. Das ist das Ziel der Erneuerungsbewegung. Wir sind ungehalten und voll Unbehagen über die Ziellosigkeit der Zeit, die Herzlosigkeit und Not der Gegenwart, den Unglauben einer Welt von Ungerechtigkeit und so geht unser Wollen nach allseitiger Befreiung und Erneuerung.

Wir stellen keine Fragen — da folgte uns kein Mensch —, Antworten geben wir! Wir wissen, was wir wollen. Sicher ist der Grund und sicher unser Ziel. Wir fragen nicht: was wollt ihr? Wir sagen nur: das sollt ihr! Unser Ziel und unsere Richtung hin zum Ziel ist derart, daß die Sammlung aller guten Kräfte, aller Tätigen im ganzen Volke unabwendbar wird.

Noch bekämpfen sich die Menschen und beschimpfen sich die Einzelnen, die Gruppen und Parteien und Verbände aller Art, daß es eine Schmach und Schande ist. Noch leben wir im sogenannten „Klassenkampf“. Wir aber lehnen diesen ab, verwerfen ihn im Namen einer neuen Zeit. Es ist uns klar, daß alle sozialen Fragen mit ganzem neuem Willen zur Zusammenarbeit anzufassen sind.

Das Grundgesetz ist uns die **V o l k s v e r b u n d e n h e i t**, die Volksgemeinschaft, die Volksordnung. Der Staat ist uns die Form dafür. Als Mittel dafür wollen wir: die Erneuerungsbewegung, die Berufsverbände, die Regierung. Wir verkünden die **Gemeinsamkeit**. Wir sind ein Volk. Unüberbrückbar sind nur dort die Klüfte und die Klassengegensätze, wo der Haß gepredigt wird. Wir bekennen uns zum **Dienst an Volk und Staat**. Dieser adelt und befreit und eint. Die **Gemeinschaft** ist uns eine unerbittliche und zugleich segensbringende **Naturnotwendigkeit**.